

## Enthaltung im Bundesrat

Verträge müssen eingehalten werden, denn Verträge bedeuten Vertrauen. Und im Koalitionsvertrag von SPD und CDU steht, dass man sich bei Abstimmungen im Bundesrat enthält, wenn man sich nicht einigen kann. Nun, was heißt einigen? Die SPD ist für die Ehe für alle, die CDU dagegen. Sie will nun ihre Mitglieder befragen. Und dann?

Nach unserem gestrigen Newsletter haben wir eine Reihe von Zuschriften bekommen. Carsten Siebke schrieb uns: „Danke für die Benennung in ‚Ehe für alle‘. Mir geht diese vielzitierte ‚Homo-Ehe‘ als beleidigendes Schimpfwortgebilde schon lange auf den Geist. Und ich finde es als Unbeteiligter nicht nur in der heutigen Zeit abwertend, sich so über Lebensgemeinschaften zu äußern. Wie sagte schon der Meister Eder zu seinem Pumuckl: ‚Weißt, Pumuckl, jeder soll nach seiner Façon selig werden.‘ Recht hat er, der Meister Eder.“

Ein CDU-Mitglied, dessen Namen unserer Redaktion bekannt ist, schrieb: „Ich verstehe meine Partei oder besser eine Reihe von Mitgliedern nicht, die sich mit einer Gleichstellung derart schwer tun. Da ich viele Jahrzehnte verheiratet bin, denke ich unverdächtig zu sein, für mich irgendwelche Vorteile erlangen zu wollen. Für mich ist die Gleichbehandlung einfach nur ein Abbild unserer gesellschaftlichen Realität. Ich war immer gegen den 218 weil ich nie einsehen konnte, warum alte Männer über die Bäuche junger Frauen bestimmen sollten, und nun sehe ich so gar nicht, warum ich ein Recht haben sollte, andere Lebensentwürfe weniger zu achten. Ich habe mit großem Respekt die Entscheidung vom Reg. BM zur Kenntnis genommen und werde in meinem Freundeskreis stets für ein ‚JA‘ zur Gleichstellung werben aus vorgenannten Gründen und weil mir die Arroganz für ein ‚Nein‘ abgeht.“

Zeit online hat heute beschrieben, was der Bundesratsbeschluss zur „Ehe für alle“ bringt.

„Neun Bundesländer, in denen die SPD entweder mit den Grünen oder mit den Linken regiert, werden sowohl eine sogenannte EntschlieÙung als auch einen Gesetzentwurf in die Länderkammer einbringen, in denen sie die vollständige Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare fordern – und damit auch das volle Adoptionsrecht. Doch was folgt daraus?“ DIE ZEIT verwendet weiterhin den Begriff „Homo Ehe“, in den hier verwendeten Zitaten ersetzen wir diesen durch „Ehe für alle“.

Zitat: „Haben die Unterstützer der Ehe für alle im Bundesrat eine Mehrheit? Ja. Die neun Länder, in denen die Union nicht mitregiert, kommen zusammen auf 40 Stimmen, die Mehrheit liegt bei 36 Stimmen. Abgestimmt wird am Freitag aber nur über die EntschlieÙung. Der Gesetzentwurf wird zunächst nur eingebracht und dann an die Bundesratsausschüsse verwiesen. Doch auch für ihn gäbe es bei einer späteren Abstimmung mit großer Sicherheit eine Mehrheit.“

„Was bringt eine EntschlieÙung? Gefordert wird, dass die Ehe geöffnet wird. Dazu sollen im Bürgerlichen Gesetzbuch die entsprechenden Paragraphen geändert werden. Außerdem sollen gleichgeschlechtliche Paare das volle gemeinschaftliche Adoptionsrecht erhalten. Allerdings: Zu einer EntschlieÙung muss die Regierung zwar Stellung nehmen, sie verpflichtet sie aber zu nichts. Sie ist also in erster Linie ein politisches Signal.“

„Was passiert mit dem Gesetzentwurf? Wenn der Bundesrat einen Gesetzentwurf beschließt, muss sich der Bundestag mit diesem befassen. Er hat insofern also eine deutlich höhere Verbindlichkeit als eine EntschlieÙung. Allerdings kann bis zu einer tatsächlichen Abstimmung im Bundestag viel Zeit vergehen.“

„Das Gesetz zur Öffnung der Ehe hatte der Bundesrat im März 2013 zum Beispiel schon einmal beschlossen. Im Bundestag beraten wurde es jedoch nie - obwohl bis zur nächsten Bundestagswahl noch sechs Monate Zeit waren. Danach musste es nicht mehr behandelt werden.“

„Wird aus dem Gesetzentwurf jemals Realität? Nach derzeitigem Stand der Dinge wohl kaum. Denn dazu müsste der Bundestag dem Gesetzentwurf zustimmen. Die Union lehnt eine Öffnung der Ehe jedoch bisher ab. Die SPD ist zwar dafür. Im Bundestag würde sie anders als im Bundesrat aber wohl trotzdem dagegen stimmen oder sich enthalten, schließlich regiert sie im Bund gemeinsam mit der Union. Man sei koalitionsstreu, heißt es aus SPD-Kreisen.“

Dass die Abstimmung für CDU und SPD-Abgeordnete frei gegeben werden könnte, ist seitens der CDU schon ausgeschlossen worden. So viel zum Thema, dass jeder Abgeordnete nur seinem Gewissen gegenüber verantwortlich ist. Nein, nur dem Koalitionsvertrag gegenüber muss es richtig heißen.

*Zusammenstellung und Kommentierung Ed Koch*